



öffentlich

Betreff:

Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 4:
Reduzierung der Fraktionsfinanzierung

Einreicher: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung	Erstellungsdatum	18.10.2016
	Eingang 922:	

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
02.11.2016	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Reduzierung der Fraktionsfinanzierung um 20% (Diskussionsgrundlage) als symbolisches Zeichen der Kommunalpolitik gegenüber anderen Ehrenamtlern Potsdams.

Vorsitzende
der Stadtverordnetenversammlung

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2017 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 4432 Punkte, wurde unter der Nummer 4 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 2. November 2016 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Anlage / Ergänzung:

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand August 2016):

Der Fraktionsfinanzierung liegt ein entsprechender Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zu Grunde (14/SVV/0941), in dem Regelungen zur Sicherung des sächlichen und personellen Aufwandes der Fraktionen geregelt sind. Die zur Verfügung gestellten Mittel sind zweckgebunden für die organschaftlichen Aufgaben der Fraktionen zu verwenden. Sie dienen nicht der Aufwandsentschädigung der einzelnen Stadtverordneten.

Dafür gibt es einen weiteren Beschluss der Stadtverordnetenversammlung (09/SVV/0086) über die Satzung zur die Entschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, ihrer Ausschüsse und Ortsbeiräte sowie der mit einer ehrenamtlichen Tätigkeit betrauten Bürger der Landeshauptstadt Potsdam (Entschädigungssatzung).

Kosten:

Auf Grundlage dieser Satzung erhalten die Stadtverordneten eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 195 Euro. Diese Aufwandsentschädigung umfasst sämtliche Auslagen und Aufwendungen, mit Ausnahme der Reisekosten. Eine Reduzierung von 20 % (= 39 Euro / Person) würde in Summe bei 56 Stadtverordneten eine Ersparnis in Höhe jährlich 26.206 Euro ergeben.

Bei einer Kürzung der Zuweisungen an die Fraktionen (Sach- und Personal) um 20% würde sich eine jährliche Ersparnis in Höhe von 80.840 Euro ergeben.

Produktnummer:

1114100

Zusammenfassung der Vorschläge:

Vorgeschlagen wird eine Reduzierung der Finanzierung der Fraktionen um 20%. Dieser Wert soll als Anregung zur weiteren Diskussion dienen. Hiermit soll ein symbolisches Zeichen aus der Kommunalpolitik gegenüber anderen Ehrenamtlern Potsdams gesetzt werden.

Originalvorschlag:

822 | Reduzierung Fraktionsfinanzierung:

Ich bin für die Reduzierung der Fraktionsfinanzierung. Auch wenn es sich dabei bloß um eine Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Politiker handelt, sollte hier ein symbolisches Zeichen gesetzt werden. Andere Ehrenamtler Potsdams werden gar nicht finanziell unterstützt, leider. Eine Reduzierung der Ausgaben um 20 % (nur als Vorschlag zur weiteren Diskussion) wäre wünschenswert.